

VRENI SCHNEIDER
Die Diskussionen über
ihren Schlagler-Auftritt
SEITE 21

PHILIPP MÜLLER
Die Bedingungen
für den Gripen-Kauf
SEITE 23



Essay Seite 20
Kein Grund zur Panik
in der Energiepolitik
Nadine Bortler Seite 20
Für die Werberin ist
schon bald wieder Ostern
Schawinski Seite 20
Grossbanken wie die UBS
betrügen weiter

Der Pflegefall

Die Schweiz in der Seniorenfalle – die Zahl der pflegebedürftigen älteren Menschen explodiert

VON NICOLE KIRCHER (TEXT)
UND GIORGIA MÜLLER (FOTOS)

«Ich bin das Hirn, er die Beine», sagt A. D.* Seit 40 Jahren wohnt sie zusammen mit ihrem Mann P., 85, in der gleichen Wohnung. Frau D., 92, hatte vor knapp zehn Jahren mehrere Herzinfarkte und kann nach Bandscheibenvorfällen nur noch mit Hilfe gehen. Seit Ostern hat sie die Wohnung nicht mehr verlassen können – die Treppen sind ein unüberwindbares Hindernis geworden. Herr D. leidet an starker Altersdemenz. «Ich führe Tagebuch», sagt er, «damit ich nachlesen kann, was ich am Tag zuvor gemacht habe.» Seine Gedanken schreibt er am Computer auf. Wie er den PC einschaltet, muss ihm seine Frau täglich aufs Neue zeigen.

Rentner wie das Ehepaar D. wird es in der Schweiz künftig massiv mehr geben. Laut Bundesamt für Statistik steigt die Zahl der Menschen im Rentenalter bis 2030 sprunghaft an; am meisten Rentner wird es dann zumal in Appenzell Ausserrhodon und in Schaffhausen geben. Im Jahr 2050 werden schweizweit fast 40 Prozent der Menschen über 60 Jahre alt sein.

Die Schweiz in der Seniorenfalle. Bereits heute leben rund 110 000 Menschen in einem Pflegeheim. Und es werden Jahr für Jahr mehr. Geradesteigend explodiert ist in den letzten zehn Jahren die Anzahl der Vollzeitjobs in den Pflegeinstitutionen: ein Plus von 44 Prozent.

Eine Studie im Auftrag von Curaviva, dem Verband der Pflegeheime, zeigt, dass bis im Jahr 2020 in Pflegeinstitutionen weitere 30 000 zusätzliche Mitarbeiter benötigt werden, um alle bedürftigen Senioren zu versorgen – eine

illusorisch hohe Zahl. Sie ist selbst mithilfe der Migration kurzfristig kaum zu stemmen. Das Pflegesystem der Schweiz wird selber zum Pflegefall.

Wie das gehen soll, dass immer weniger Arbeitstätige immer mehr Senioren finanzieren müssen, dazu hat der Bundesrat Anfang Dezember seine Lösungsansätze präsentiert. Sozialminister Alain Berset will unter anderem das Rentenalter für Frauen und Männer flexibilisieren. Die volle Rente sollen beide Geschlechter ab 65 Jahren erhalten. Die Stossrichtung der geplanten Reform ist klar: Die Jungen werden länger arbeiten müssen. Als die AHV 1948 eingeführt wurde, lag die damalige durchschnittliche Lebenserwartung bei 69 Jahren. Heute leben Schweizerinnen und Schweizer rund 15 Jahre länger.

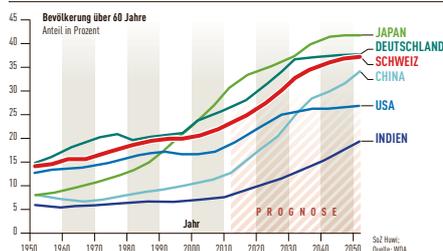
Betreuerinnen aus Osteuropa arbeiten für Dumpingpreise

Für Hans Groth, Lehrbeauftragter für Demografie und gesellschaftliche Entwicklung an der Universität St. Gallen, muss es das Ziel sein, die Anzahl Jahre, in denen die Menschen gesund sind, zu verlängern. Damit würde auch die Grundlage eines längeren Arbeitslebens geschaffen (siehe Interview auf Seite 17). Wenn die Senioren länger gesund sind, können sie bis ins hohe Alter zu Hause wohnen – selbst dann, wenn sie Hilfe im Alltag benötigen.

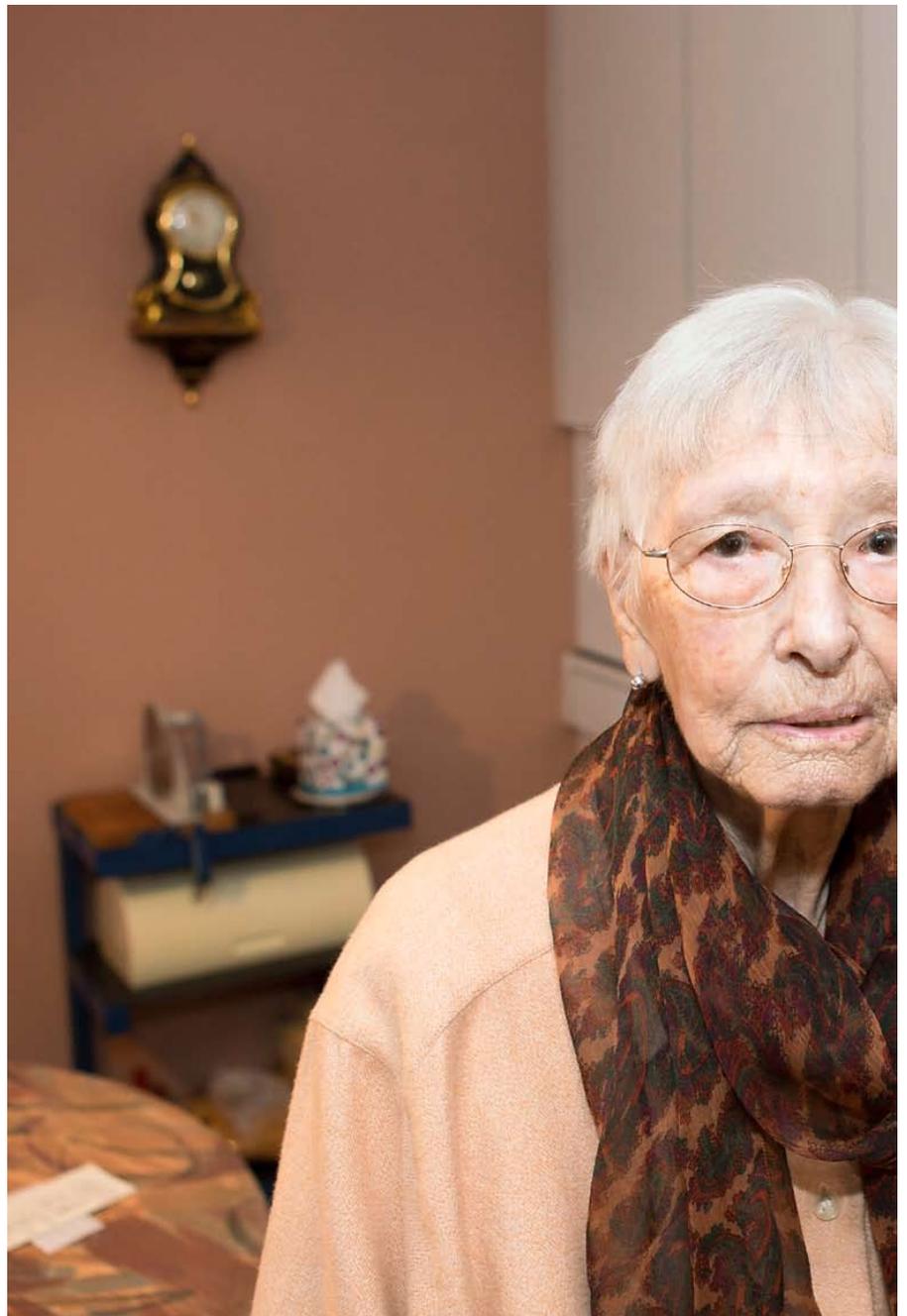
Das Ehepaar D. bekommt dreimal pro Woche Unterstützung von Rosa Kaltenbach, 41. Sie ist Betreuerin bei Home Instead, der grössten privaten Firma für Seniorenbetreuung. Kaltenbach macht die Wohnung sauber, kocht und geht einkaufen. Für die Arbei-

FORTSETZUNG AUF SEITE 17

Die Senioren legen markant zu



Japan macht es vor, ein Grossteil von Westeuropa folgt. Der Anteil der Senioren über 60 Jahre an der Gesamtbevölkerung steigt stark an, auch in der Schweiz. Dies stellt die Volkswirtschaft vor neue Herausforderungen: Immer weniger Junge müssen immer mehr Rentner finanzieren. Einzig Indien und die USA haben eine deutlich bessere Durchmischung.



Seit Ostern hat sie die Wohnung nicht verlassen: A. D., 92

► FORTSETZUNG VON SEITE 15

Der Pflegefall

ten, die Kaltenbach in der Kostenstufe 2 abrechnet, zahlen die D. 46 Franken pro Stunde. Da es sich um hauswirtschaftliche Dienste handelt, vergütet die Krankenkasse nichts. Doch das Rentnerpaar ist froh, dass es Entlastung bekommt: «Ohne Frau Kaltenbach ginge es nicht mehr.»

Rosa Kaltenbach hat eine erwachsene Tochter. «Sie ist eine typische Mitarbeiterin», sagt Home-Instead-Chef Paul Fritz. «Oft arbeiten Frauen bei uns, die in den letzten Jahren ihre Kinder betreut haben und so eine hohe Sozialkompetenz mitbringen.»

Nach der Anstellung bildet Home Instead die Mitarbeiterinnen intern aus. Auch Kurse für Familienangehörige werden angeboten. Die Mitarbeiterinnen von Home Instead verdienen zwischen 20 und 24 Franken pro Stunde. Senioren bezahlen je nach Art der gewünschten Dienstleistung zwischen 31 und 52 Franken pro Stunde.

Wie mit den Bedürftigen umgegangen wird, wer sie pflegt und für sie sorgt, sind die zentralen Zukunftsfragen in der alternden Schweiz.

Der Betreuungsmarkt boomt. Längst sind zahlreiche private Firmen in den Pflegemarkt vorgegriffen. Sie konkurrieren mit einem Teil ihres Angebots Non-Profit-Organisationen wie die Spitex. Für rote Köpfe in der Branche sorgen insbesondere jene Firmen, die Betreuerinnen aus Osteuropa zum Dumpingpreis vermitteln. Eine Rundumbetreuung von 24 Stunden an sieben Tagen gibt es hier schon für weniger als 2000 Franken pro Monat. Die meisten dieser Betreuerinnen arbeiten schwarz. Fliegt das auf, drohen happige Bussen.

Isabel Küfner, Kommunikationschefin des Spitex-Verbandes Schweiz, verweist auf die Unterschiede zur privaten Konkurrenz: «Die nicht gewinnorientierte Spitex hat einen Leistungsauftrag der öffentlichen Hand und damit eine Versorgungspflicht. Sie muss auch Einsätze leisten, die finanziell nicht interessant sind.» Leistungen im hauswirtschaftlichen Bereich sind in der Regel bei der Spitex teurer als bei den Privaten – unter anderem, weil die Betreuerinnen auch für medizinische Leistungen qualifiziert sind. Knapp 60 Prozent der Spitex-Beschäftigten verfügen über einen Berufsabschluss in Gesundheits- oder Sozialberufen. Die Pflegeleistungen werden zum grössten Teil von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung bezahlt.

«Wer wirklich einen Platz braucht, bekommt ihn»

Wer einen Pflegeplatz in einem Heim braucht, muss schon heute oft mit Wartezeiten rechnen, vor allem in den Städten. «Wenn jemand aber wirklich stationäre Betreuung braucht, bekommt er diese auch», sagt Markus Leser vom Verband Curaviva, dem 1600 Pflegeheime angeschlossen sind. Rund 7500 Franken pro Monat oder 250 Franken pro Tag kostet ein durchschnittlicher Platz in einem Schweizer Pflegeheim.

Dieser Betrag setzt sich aus den Kosten für Unterkunft, Pflegeleistungen und Betreuung zusammen. Von den Pflegekosten vergüten die Krankenkassen etwa die Hälfte. Den Rest der Pflegekosten zahlen die Bewohner – bis maximal 20 Prozent aus ihrem Einkommen oder ihrem Vermö-



Frau D. mit ihrer Betreuerin, Rosa Kaltenbach



gen. Die restlichen 30 Prozent übernimmt die öffentliche Hand. Die Kosten für die Hotellerieleistungen gehen voll zulasten der Bewohner.

Das Vermögen der Senioren wird bis zu einer Minimalgrenze aufgebraucht, die je nach Kanton unterschiedlich ist. Danach springen Kantone und Gemeinden mit Ergänzungsleistungen ein. Laut Leser gibt es einen Rechtsanspruch auf Ergänzungsleistungen. Geschichten darüber, dass Kinder für ihre Eltern im Pflegeheim zahlen müssten, kenne er nur vom Hörensagen: «Ich weiss von keinem einzigen Fall. Und ich bin seit 30 Jahren in der Seniorenbetreuung aktiv.»

Um den künftigen Bedarf an Pflegeplätzen decken zu können, werden laut Leser Massnahmen erarbeitet – etwa, wie Berufsumsteigerinnen oder Wiedereinsteigerinnen für Pflegetätigkeiten gewonnen werden könnten. Aber Leser sagt auch: «Die Vielfalt der heute vorherrschenden Wohn- und Betreuungsmodelle fürs Alter muss ausgebaut werden.»

36 Stunden ehrenamtliche Arbeit für die Allgemeinheit

Ein möglicher Ausweg aus der Demografiefrage sind Mehrgenerationen-Häuser. Dort leben Alt und Jung zusammen und geben aufeinander acht. Verschiedene Bauvorhaben von Mehrgenerationen-Häusern werden derzeit realisiert. Doch die Nachfrage übersteigt das Angebot bei weitem. Exemplarisch ist das Projekt «Giesserei» in Winterthur, das von der Genossenschaft für selbstverwaltetes Wohnen erstellt wird. Die Siedlung bietet 155 Wohnungen und Gewerberäume. Die ersten Bewohner werden im Februar 2013 einziehen.

«Die Giesserei ist eines der grössten selbstverwalteten Wohnprojekte in der Schweiz und damit auch ein Experiment», sagt Projektleiter Jürg Allweg. Eine 4½-Zimmer-Wohnung im 3. Stock mit 115 m² kostet 2207 Franken. Wird die Wohnung subventioniert, kostet sie 1600 Franken. Um Subventionen zu bekommen, darf ein Ehepaar nicht mehr als 58000 Franken steuerbares Einkommen erzielen, zudem gibt es Limiten beim Vermögen.

Acht Wohnplätze in der Überbauung sind mit Rund-um-die-Uhr-Pflegedienstleistungen der Spitex vorgesehen. Jeder Bewohner der Siedlung muss pro Jahr 36 Stunden ehrenamtliche Tätigkeiten verrichten – sei es Treppenhäuserputzen oder Hauswartsarbeiten. Auch untereinander kann die Zeit aufgewendet werden: etwa mit Einkaufen für die Nachbarn oder Kinderhüten. Ohne Inserate gingen über 120 der 155 Wohneinheiten weg. «Verschiedene Interessenten sagten aber, sie kämen in ein paar Jahren wieder, wenn sie alt seien.» Doch diese hätten die Idee nicht verstanden. Wer im Alter in einem solchen Projekt mitmachen wolle, müsse das frühzeitig aufgreifen.

Dass die meisten Senioren die Planung für ihren Lebensabend aufschieben, sei menschlich, sagt Markus Leser von Curaviva. Der Schritt in ein Pflegeheim oder in eine neue Wohnform sei in der Regel der letzte in unserem Leben. Davor zögern wir.

Auch Frau D. mag nicht über einen Umzug in ein Pflegeheim nachdenken. Darauf angesprochen, schüttelt sie nur stumm den Kopf. Dann nimmt sie die Hand von Rosa Kaltenbach und sagt: «Gälled Sie, Sie lueged no lang zu iis.»

* AUF WUNSCH DER BETROFFENEN WERDEN DIE NAMEN NICHT GENANNT

«Schlichtweg zu viele Senioren»

Altersforscher Hans Groth über die demografischen Herausforderungen

Hans Groth, 59, ist Lehrbeauftragter für Demografie und gesellschaftliche Entwicklung an der Universität St. Gallen (HSG) und VR-Mitglied des World Demographic & Ageing Forum (WDA).

Der demografische Wandel ist eines der grössten Probleme für die Schweiz. Wie lösen wir es?

Im Gegensatz zur Topografie der Schweiz ist demografischer Wandel nicht Schicksal oder Bedrohung – im Gegenteil: Es ist eine einzigartige Chance für die Fortentwicklung der Schweiz, ihrer Gesellschaft und Institutionen sowie ihrer Wirtschaft und damit auch ihres Wohlstandes. Die Gesellschaft und jeder Einzelne müssen umdenken. Es ist eine soziologische Herausforderung, viel mehr als eine demografische. Es ist allerdings eine Herausforderung, bei der wir auf keine Erfahrung früherer Generationen zurückgreifen können, und dies macht den demografischen Wandel für uns so schwierig.

Der Anteil der arbeitenden Menschen geht zurück, die technologischen Produktivitätsfortschritte sind weitgehend ausgereicht. Schrupft unsere Volkswirtschaft?

Nein, nicht zwingend. Es gibt auch die Möglichkeit, die Produktivität jedes Einzelnen zu erhöhen, etwa durch eine bessere Ausbildung. Und dann gilt es, die gesunde Lebenserwartung der Menschen zu verlängern und damit die Grundlage eines längeren Arbeitslebens zu schaffen. In Japan beispielsweise denken die Menschen in verschiedenen Lebensphasen: Da gibt es Leute, die waren

bis 60-jährig im Topmanagement, haben danach etwas anderes gemacht und gründen gar mit 70 ein eigenes Geschäft. Mit 85 sind sie in Kindergärten begehrt, um den Kindern aus ihrem Leben zu erzählen.

Halten Sie eine Lebensarbeitszeit von vielleicht 45 Jahren statt eines starren Rentenalters für sinnvoll?

Das geht in die richtige Richtung. Jemand, der studiert und später ins Berufsleben einsteigt, sollte auch später in Rente gehen als jemand, der mit 17 Jahren eine Lehre machte und anschliessend über Jahrzehnte hart körperlich arbeitet.

Ist Zuwanderung die Lösung gegen die Überalterung?

Nein. Um die aktuelle demografische Entwicklung aufzuhalten, bräuchten wir eine Zuwanderung von 140 000 Menschen pro Jahr. Das wäre etwa das Doppelte von heute. Das ist nicht nur gesellschaftspolitisch unrealistisch. Zudem verschiebt man durch Zuwanderung das Problem

nur. Diese Leute zahlen auch in die Sozialwerke ein, erwerben Ansprüche und werden in 30 Jahren Rente beziehen.

In der Schweiz werden rund 110 000 Personen in Alters- und Pflegeinstitutionen betreut. Dies entspricht 1,8% der Wohnbevölkerung. Tendenz stark steigend. Diese «Ghettoisierung» von alten Menschen halte ich grundsätzlich für falsch. Die Gesellschaft wird auch hier nicht um einen radikalen Wandel herumkommen. Es kann nicht sein, dass wir mit unseren gängigen Institutionen ältere Leute von der Gesellschaft ausschliessen.

Besser ist es, wenn Alte möglichst lange mit Jungen zusammenleben und gewisse Aufgaben selbstständig erledigen können oder sich gegenseitig helfen. Das heisst nicht, dass die alten Eltern zwingend bei den eigenen Kindern leben sollen. Vielleicht gibt es ja schon bald selbst gewählte neue Lebensformen von mehreren Generationen. Das könnte auch gleichzeitig die Situation in der Kinderbetreuung entschärfen.

Der Wunsch fast aller älteren Menschen ist es doch, möglichst lange zu Hause in der eigenen Wohnung bleiben zu können. Wie kann dies gewährleistet werden?

Auch dieser Wunsch, quasi bis zum Lebensende in der eigenen Wohnung zu bleiben, wird längerfristig kaum finanzierbar sein. Denn es ist allein aus Kapazitätsgründen kaum machbar, Heerschaaren von Pflegepersonen von einem Haushalt zum nächsten fahren zu lassen. Die Menschen sollten sich besser überlegen, solange sie noch gesund sind, wie sie später einmal leben möchten. Solche Wohngemeinschaften muss man aktiv und frühzeitig angehen, die sind nicht einfach da, wenn man sie braucht.

Ist das denn realistisch, dass ein Grossteil der Senioren in solchen Mehrgenerationen-Häusern lebt?

Was für eine Alternative bleibt uns? Die Generationen müssen aufeinander zugehen. Das ist für eher auf Eigenständigkeit bedachte Schweizer sicher nicht einfach, aber das wird kommen. Wir können es uns in ein paar Jahren einfach nicht mehr leisten, die Senioren in Altersheimen abzuschieben. Dazu wird es schlichtweg zu viele Senioren geben.

INTERVIEW: NICOLE KIRCHER